



# Landes-SGK EXTRA Brandenburg

IMPULSE 2 NOVEMBER | 2015

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

## Für einen Herbst, der bunt ist, nicht grau oder braun!

Liebe Freundinnen und Freunde  
sozialdemokratischer Kommunalpolitik,



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

zwei Themen bestimmen tagtäglich die Nachrichtenschlagzeilen, die Zeitungen und auch die sozialen Netzwerke – die nach wie vor große Zahl nach Deutschland kommender Flüchtlinge und Asylbewerber einerseits, die immer aggressivere und teilweise regelrecht abstoßende Protestwelle gegen eine vermeintliche Überfremdung oder Islamisierung unserer Gesellschaft, allen voran Pegida und deren Ableger, andererseits. Niemand leugnet, dass die Flüchtlingsfrage eine immense Herausforderung an uns alle, die Kommunen zuvorderst, ist. Die Unterbringung, Versorgung und schließlich die Integration der bei uns Zuflucht Suchenden ist kein Kinderspiel oder eine Kniffelaufgabe, von der man leichtfertig sagen kann, „wir schaffen das“. Ich habe schon in

den vergangenen Monaten an dieser Stelle darauf hingewiesen und wiederhole es, dass die Kommunen an ihre Belastungsgrenzen kommen.

Unsere kommunalen Verwaltungen und unzählige haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer leisten bei der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge großartige Arbeit. Ich möchte an dieser Stelle im Namen der SGK Brandenburg meinen aufrichtigen und herzlichen Dank ausdrücken.

In unserem Handeln dürfen wir aber auch die Bürgerinnen und Bürger nicht auf der Strecke lassen, die sich Sorgen um ihre eigene Existenz machen, die sich in ihrem täglichen Kampf ums Überleben zurückgesetzt fühlen und fürchten, Flüchtlinge

würden im Vergleich zu ihnen besser gestellt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen mit sozialen Nöten ausgespielt werden gegen diejenigen, die oft mit letzter Kraft bei uns Schutz suchen. Dazu gehört, dass wir unsere Aufmerksamkeit noch stärker auf die Sozialpolitik lenken müssen. Sozialer Wohnungsbau und soziale Infrastruktur sind hier zentrale Themen, die wir noch kraftvoller anpacken müssen.

Nachvollziehbare Verunsicherungen und Sorgen in der Bevölkerung dürfen aber kein Anlass für Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt sein. Immer häufiger wird die These einer zunehmenden Radikalisierung und Verrohung der Gesellschaft aufgeworfen. Galgen, an denen Namensschilder der Bundeskanzlerin und des Vizekanzlers und SPD-Vorsitzenden baumeln, sprechen dafür. Hier werden Hemmschwellen überschritten. Das stimmt auch mich besorgt. Ich stelle mir die Frage, ob rechtes Gedankengut gegenwärtig in mehr

### Inhalt

„Der Bund muss mehr tun“.  
Interview mit Matthias Kahl

Brandenburger  
Innenministerium auf Tour

Sozialdemokratie erfolgreich  
bei kommunalen Wahlen in  
Brandenburg

Köpfen Raum greift als ehemals. Wird aber nicht vielmehr durch immer radikalere Hetze ohnehin vorhandene latente Fremdenfeindlichkeit zutage gefördert, gewissermaßen aktiviert? Dabei sind es oft nur Unwissen und Unkenntnis, die ein fruchtbarer Nährboden für rechten Populismus und nationalistische Hetze sind. Zum Teil sind die Grenzen verschwimmend zwischen tatsächlicher Besorgtheit, Unmut und einer wachsenden Phobie gegen alles Fremde. Wir können und dürfen aber die Menschen nicht aufgeben, die



Foto: Initiative [www.brandenburgzeigtherz.de](http://www.brandenburgzeigtherz.de)

insgeheim oder offenkundig Sympathien für Pegida und Co. hegen. Einen deutlichen Beitrag dazu, dass Hemmschwellen der Radikalität in diesen Tagen überschritten werden, leistet auch die AFD auf Bundesebene wie auch in Brandenburg. In ihrer perfiden und feindseligen Rhetorik hat die AFD mittlerweile alle Masken fallen lassen und leistet der Verschärfung der Lage Vorschub. Umso mehr bereitet es mir Sorgen, dass bei den jüngsten Landratswahlen in Dahme-Spreewald der Kandidat der AFD das zweitbeste Stimmenergebnis hinter dem SPD-Kandidaten und Amtsinhaber Stephan Loge erreicht hat. Für die CDU muss dies ein deutlicher Warnschuss sein und uns Demokraten insgesamt ein Alarmsignal. Als Demokraten müssen wir um jeden Menschen und seine Zustimmung zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kämpfen, weiterhin und verstärkt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen, unsere Beweggründe für eine in jeder Hinsicht verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik erläutern sowie Ängste und Sorgen aufnehmen. Wenn wir das beherzen und uns Fremdenfeindlichkeit überall dort entschieden entgegenstellen, wo sie uns begegnet, wird unser Land auch in diesem Herbst und darüber hinaus bunt bleiben und nicht in Grau oder Braun versinken.

Eure

**Ines Hübner**

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Vorsitzende der SGK Brandenburg

## „Der Bund muss mehr tun“

Interview mit Matthias Kahl, Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Kommunales



Matthias Kahl ist seit 10. Juni 2015 Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. Foto: MIK Brandenburg

**Herr Kahl, die ersten 100 Tage als Staatssekretär liegen hinter Ihnen. Wie fällt die Rückschau auf die erste Etappe aus?**

Da ich gerne Mountainbike fahre, würde ich sagen: Es war schon eine der schwierigeren Alpenetappen mit vielen kniffligen Passagen und Weggabelungen, an denen ich schnelle Entscheidungen treffen musste. Mit der Unterstützung des gesamten Teams bin ich jedoch auf dem richtigen Weg.

**Rasant steigende Zahlen von Flüchtlingen, die Verwaltungsstrukturenreform und die Evaluierung der Polizeistrukturenreform: Das MIK, so scheint es, ist für alle großen Aufgaben dieser Legislaturperiode verantwortlich.**

Das scheint nicht nur so. In den letzten drei Monaten hat das MIK die regionalen Nachrichten bestimmt. Leider auch mit sehr unbequemen Themen. Traditionell ist das Innenressort eines der wichtigeren in dieser Landesregierung. Und ich bin schon ein wenig stolz, meinen Teil dazu beitragen zu dürfen.

**Eine Schonfrist gab es jedenfalls für Sie als Staatssekretär nicht. Wie schafft man es, sich bei einer solchen Schlagzahl an Ereignissen überhaupt in das neue Amt einzufinden?**

Zum einen unterstützen mich alle Kolleginnen und Kollegen unglaublich. Das hat es mir leichter gemacht. Zum anderen muss man aber auch selber etwas tun und sehr fleißig sein. Die Mitarbeiter merken sehr schnell, ob man engagiert ist. Ich glaube, das trägt sehr zur Akzeptanz bei.

**Die Flüchtlingsthematik hat Sie bereits in Ihrem vorherigen Amt als Fachbereichsleiter Soziales des Landkreises Oberhavel beschäftigt. War dies, sicherlich neben dem Vertrauensverhältnis zu Minister Schröter und seiner Wertschätzung Ihrer Arbeit in OHV, ein Grund für Ihre Berufung?**

Herr Minister Schröter verfolgt meinen beruflichen Werdegang bereits seit zehn Jahren. Und glauben Sie mir, wir hatten in der Zeit auch viele harte, aber faire Auseinandersetzungen.

Letztendlich konnte er sich aber immer auf mich verlassen. Und ich glaube, dass das – neben meiner fachlichen Qualifikation – ein wesentlicher Grund war.

**Die Presse beschrieb Sie als Asylhardliner. Ärgert Sie ein solches Etikett?**

Nein, überhaupt nicht. Ich stehe zu den Entscheidungen, die ich damals getroffen habe – weil ich fachlich davon überzeugt war. Und ich würde sie immer wieder so treffen. Wir haben damals Diskussionen zur Notwendigkeit einer Erhöhung der Mindeststandards, zu Fehlanreizen und Missbrauch im Asylsystem geführt. Unter dem Druck des Zustroms werden diese Punkte heute ganz anders debattiert.

**Der beste Schutz des Asylrechts, heißt es, sei die Bekämpfung des Asylmissbrauchs. Um das zu gewährleisten, müsste das BAMF, das für die Bearbeitung der Asylverfahren zuständig ist, verlässlich und zügig arbeiten. Nach allem, was man liest und**

### IMPRESSUM

**Verantwortlich für den Inhalt:**

SGK Brandenburg e.V.,  
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

**Redaktion:** Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.  
Telefon: (0331) 73 09 82 01

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel

**Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



**hört, ist das nicht der Fall. Die Konsequenzen müssen Länder und Kommunen tragen – ein frustrierendes Problem?**

Es ist richtig. Der Bund muss mehr tun. Der Zickzack-Kurs der Kanzlerin ist da nicht sonderlich hilfreich. Besonders bedauerlich war, dass alle Länder von der Entscheidung der Kanzlerin, die in Ungarn festsetzenden Flüchtlinge nach Deutschland zu lassen, nichts wussten und diese uns völlig unvorbereitet getroffen hat. Frustrierend ist, dass sich auf europäischer Ebene keine Lösung abzeichnet und Deutschland das Problem scheinbar allein lösen muss. Einer Studie des BAMF zufolge nimmt Deutschland nominal europaweit die meisten Flüchtlinge auf. Das wird auf Dauer nicht funktionieren.

**Die offizielle Prognose über die Zahl derjenigen, die in diesem Jahr in Deutschland Zuflucht und Asyl suchen, liegt zurzeit bei 800.000. Vizekanzler und SPD-Vorsitzender Gabriel geht**



Staatsekretär Kahl im Interview beim Besuch einer Erstaufnahmeeinrichtung

Foto: MIK Brandenburg

**von einer Million aus. Was bedeutet das für Brandenburg? Worauf müssen sich die Kommunen in den kommenden Wochen und Monaten einstellen?**  
Ich persönlich gehe davon aus, dass es mehr werden als eine Million.

Alle müssen sich darauf einstellen, dass mittelfristig nicht mit einem Abreißen der Flüchtlingsströme zu rechnen ist. Allein aus Afghanistan werden wöchentlich weitere zehntausende Flüchtlinge mit dem Ziel Europa abreisen.

**Die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Eisenhüttenstatt und ihre Außenstellen sind am Limit. Täglich muss neu improvisiert werden. Gibt es Optionen, die hier Entlastung schaffen?**  
In Brandenburg kommen mittlererwei-

Anzeige

**JETZT kostenlos Probelesen!**

DEMO als Zeitung im neuen Format

Probeabonnement für 3 Monate jetzt kostenlos bestellen:  
[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)  
 ☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei und läuft automatisch aus.

**DEMO**  
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

DEMO-ONLINE.DE 05/06 2015  
 VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK  
 Mecklenburg Vorpommern Landes-SGK Extra  
 SPORT IN DEN KOMMUNEN Stark als Team  
 Bewegung schafft Identifikation und stärkt die Wirtschaft



le täglich ein Sonderzug und Busse mit Flüchtlingen an. Die Kollegen aus dem Landkreis Dahme-Spreewald von Feuerwehr, Polizei und Bundeswehr sowie die vielen freiwilligen Helfer leisten hervorragende Arbeit am Bahnhof Schönefeld. Der Koordinierungsstab der Landesregierung arbeitet rund um die Uhr, um den logistischen Aufwand zu bewältigen, die Asylbewerber zu verteilen und um neue Liegenschaften zu errichten. Aber bei diesem Druck werden wir immer improvisieren müssen. Bisher gelingt es ganz gut.

**Die Bundeskanzlerin sagt, wenn es um diese Frage geht, Deutschland schafft das. Andererseits hat man den Eindruck, der Bund versagt bei diesem Thema. Das finanzielle Engagement des Bundes liegt weit hinter den Forderungen der Länder zurück. Das BAMF wurde über Monate nicht Herr der Lage. Länder und Kommunen, wir sprachen gerade darüber, fühlten sich vom Bund im Stich gelassen. Funktioniert die Abstimmung zwischen den einzelnen Bundesländern besser, etwa mit Berlin?**

Es stimmt schon, dass anfangs die Abstimmung insgesamt etwas chaotisch war. Mittlerweile haben sich aber die Strukturen gefestigt. Es gibt regelmäßig Telefonschaltkonferenzen zwischen dem Bundesinnenministerium und den Innenministerien der Länder. Wöchentlich findet eine Sitzung im Bundesinnenministerium mit den Ländern statt und auch die einzelnen Bundesländer haben ihre Strukturen gefunden.

**Aus Baden-Württemberg und auch aus Bayern und NRW hört man, es dürfe in Deutschland nicht nur zwei oder drei Bundesländer geben, die Flüchtlinge aufnehmen. Wie soll man solche Äußerungen von Regierungsgliedern verstehen?**

Ich verstehe sie nicht. Es gibt den Königsteiner Schlüssel und nach dem werden die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge auf die Bundesländer verteilt.

**Vereinzelt hört man die Forderung, die Landesregierung soll sich voll und ganz auf die Bewältigung dieser Herausforderung**

**konzentrieren, andere Projekte sollten zurückgestellt werden. Gemeint ist in erster Linie die geplante Verwaltungsstrukturreform. Ist das eine denkbare Option?**

Nein. Die Verwaltungsstrukturreform ist eine unvermeidbare Reform für die Zukunft unseres Landes. Gegenwärtig haben weder die Verwal-



Flüchtlinge (hier in Berlin) warten auf die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen.

Foto: Michael Gottschalk/photothek.net

tungen auf der Kreisebene noch auf der Gemeindeebene einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit der geplanten Reform. Natürlich gibt es Diskussionen über die Reforminhalte, die aber die Verwaltungen sicher nicht überfordern. Und wenn wir als zuständiges Ressort uns nicht überfordert fühlen, warum sollten es dann andere sein?

**Im Moment läuft der Diskussionsprozess über den Leitbildentwurf zur Verwaltungsstrukturreform. Inhalt ist die bevorstehende Reform der Aufgabenwahrnehmung und der Verwaltungsstruktur. Im ersten Reformschritt sieht eine Funktionalreform I Aufgabenübertragungen von der Landesebene auf die Kreise vor. Eine Funktionalreform II soll Aufgaben von der Kreisebene auf die Städte und Gemeinden übertragen. Die Städte und Gemeinden fordern, man**

**solle die Reform strenger nach dem Subsidiaritätsprinzip führen und bei ihnen und ihrer Leistungsfähigkeit beginnen. Zählt man das Pferd nicht von hinten auf, wenn man bei den Kreisen und ihren Aufgaben beginnt?**

Die Notwendigkeit einer Verwaltungsstrukturreform ist der demografischen Entwicklung geschuldet und

**ren und bislang kreisfreie Städte einzukreisen?**

Nein. Funktionalreform, kreisliche Zusammenschlüsse und die Einkreisung von Frankfurt, Brandenburg und Cottbus sind ein Gleichklang, der notwendig ist, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eine bürgernahe Bereitstellung öffentlicher Leistungen auf einem hohen Niveau auch in Zukunft überall im Land sicherzustellen. Das Sektoralprinzip und der damit verbundene Effekt, dass der berlinferne Raum vom Berliner Speckgürtel profitieren kann, ist dabei ein zu berücksichtigender Aspekt.

**Einige Vertreter, besonders Vertreterinnen der kreisfreien Städte, führen die Debatte mit einem bemerkenswerten Selbstbewusstsein, das man mit Blick auf die relevanten Zahlen nicht ganz verstehen kann. Ist das schon Realitätsverlust oder interpretiert das Land die Höhe der Kassenkredite in den betroffenen Städten falsch?**

Zahlen lügen ja bekanntermaßen nicht. Und es ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass die drei oben genannten Städte gut zwei Drittel der gesamten Kassenkredite im Land Brandenburg auf sich vereinen. Die Argumentation der Oberbürgermeisterin von Brandenburg, dass sich die Landkreise, die ja die gleichen Aufgaben haben, wie die kreisfreien Städte, über die Kreisumlage quasi entschulden können, greift zu kurz. Hier gibt es klare strukturelle Defizite insbesondere auf der Ausgabenseite.

**Einen ähnlichen Widerstand muss man erwarten, wenn es um die Reform der Gemeindestrukturen geht. Die ist in dieser Legislaturperiode aber nicht mehr zu erwarten?**

Nein, auf keinen Fall. Es wäre auch ein Novum für die letzten 30 Jahre in Deutschland, wenn wir versuchen würden, in einer Legislaturperiode beide Ebenen gleichzeitig zu reformieren. Sollte es jedoch freiwillige Zusammenschlüsse geben, werden wir uns dem nicht verschließen.

**Wir haben zwei große Themenfelder, die das Land und vor allem das MIK im Moment bewegen besprochen. Das dritte, die**

**Die Funktionalreform ist also ein wirkliches Ziel der Landesregierung, nicht nur Alibi oder Begründung, Kreise zu fusionie-**



NWMD

Gesellschaft für  
Kommunikation

# MACH'S MIT GENOSSEN

---

Wir sind eine Tochter des Berliner vorwärts Verlags.  
Unser Spezialgebiet ist die politische Kommunikation.

Wir konzipieren und realisieren **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** und machen **mobile Kommunikation** möglich.

Unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur zielgenaue Kommunikation ankommt.

**Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!**

**Polizeistrukturenreform, haben Sie und Minister Schröter von seinen drei Vorgängern geerbt. Inzwischen haben sich die Begleitumstände geändert, die Herausforderungen auch im Hinblick auf die Gefahr rechtsextremistisch begründeter Gewalt sind gestiegen. Müssen die Polizeistrukturen erneut auf den Prüfstand?**

Die Strukturreform hat sich im Grundsatz bewährt. Seit der Zeit, als diese Reform vorbereitet und letztendlich umgesetzt wurde, haben sich jedoch einige Rahmenbedingungen geändert und bestimmte Annahmen als nicht haltbar erwiesen. Das ist schon so. Und deswegen ist es notwendig, an der einen oder anderen Stelle Korrekturen oder besser Veränderungen vorzunehmen ohne das Gesamtkonstrukt in Frage zu stellen. Ich glaube, das ist für jeden nachvollziehbar. Aber diese Veränderungen bekommt man nicht zum Nulltarif. Insofern ist es in Zeiten der Haushaltskonsolidierung eine Frage der Prioritätensetzung.

**Das Themenportfolio bietet wenig Heiteres. In früheren Zeiten konnten sich Innenminister mehr erfreulichen Terminen widmen – neue Feuerwachen einweihen, Löschfahrzeuge übergeben. Ihr Minister Karl-Heinz Schröter findet im Marathonlauf eine Kraftquelle und Ausgleich. Wo schöpfen Sie Energie und Motivation für dieses aufreibende Amt?**

In jungen Jahren Amtschef eines der schwierigsten Ressorts zu sein, an wichtigen Reformvorhaben des Landes mitzuwirken, jeden Tag zu erleben, mit wie viel Engagement die Kolleginnen und Kollegen des Innenministeriums ihren Job machen, das motiviert mich. Da kommt die Energie von ganz allein – auch wenn ehrlich gesagt fast keine Zeit für Privates bleibt. Ich hoffe, das ändert sich mit etwas Routine.

**Dann danke ich Ihnen im Namen der SGK Brandenburg für das Interview und wünsche Ihnen, dass diese Kraftquelle in den nächsten Monaten und Jahren möglichst ergiebig sprudelt – viel Erfolg und hoffentlich bisweilen auch Freude im Amt!**

Das Interview führte Niels Rochlitzer am 19. Oktober 2015.



Auf 18 Leitbildkonferenzen diskutierte Innen- und Kommunalminister Schröter wie hier auf dem Podium mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Landes- und Kommunalpolitik sowie Verwaltungsangestellten.

Foto: Marcella Ladenthin

## Brandenburger Innenministerium auf Tour

### Leitbildkonferenzen zur Verwaltungsstrukturereform 2019

Autorin Marcella Ladenthin

Unter dem Motto „Bürger im Dialog“ war das Brandenburger Innenministerium die letzten Wochen auf Tour durch das ganze Land. Innenminister Karl-Heinz Schröter stellte den Leitbildentwurf zur Verwaltungsstrukturereform in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs vor und diskutierte dazu mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Die Auftaktveranstaltung der insgesamt 18 Leitbildkonferenzen fand am 31. August 2015 in Brandenburg an der Havel statt. Den Abschluss bildete der Dialog in Perleberg im Landkreis Prignitz am 13. Oktober 2015.

Zwischen 100 und 900 – im Durchschnitt rund 320 – Bürgerinnen und Bürger nahmen an den verschiedenen Dialogveranstaltungen teil. Besonders großes Interesse bestand in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und

Cottbus. Neben Bürgerinnen und Bürgern besuchten vor allem Beschäftigte aus den Verwaltungen sowie politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der kommunalen und Landesebene die Dialogveranstaltungen.

#### Breit besetzte Podien

Auf dem Podium stellten sich Innenminister Karl-Heinz Schröter und Finanzminister Christian Görke oder Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski den Bürgerfragen. Ebenso auf dem Podium vertreten waren die jeweilige Hauptverwaltungsbeamtin oder der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte und eine Stimme aus der Wissenschaft. Diese Position nahm bei einem Großteil der Veranstaltungen der Verwaltungswissenschaftler Prof. Dr. Jochen Franzke ein; aber auch Prof. Dr. Werner Jann und Prof. Dr. Sabine Kuhlmann – alle

von der Universität Potsdam – ließen ihre Expertise einfließen und beantworteten Fragen aus wissenschaftlicher Perspektive.

Nach einem Grußwort der jeweiligen Hauptverwaltungsbeamtin oder des jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten erläuterten Innenminister Schröter und Finanzminister Görke oder Finanzstaatssekretärin Trochowski eingangs in kurzen Einführungsvorträgen die voraussichtlichen Entwicklungen Brandenburgs in nächster Zukunft. Der demographische Wandel trifft das Land in zweierlei Hinsicht: Einhergehend mit einer alternden Bevölkerung sinken einerseits die Einwohnerzahlen und andererseits verteilt sich die Bevölkerung immer ungleichmäßiger über die Fläche. Zudem verlieren das Land und die Kommunen in den nächsten Jahren voraussichtlich wesentliche



bisherige Einnahmequellen: Sinkende Solidarpakt II-Mittel, eine unsichere Zukunft des Länderfinanzausgleiches sowie die auslaufende EU-Förderperiode fordern Lösungen, Gelder effizienter einzusetzen und Verwaltungen zukunftssicher zu gestalten. Der Leitbildentwurf schlägt hierfür eine Kreisgebiets- und Funktionalreform vor. Aufgaben sollen von der Landesebene auf die kreisliche und gemeindliche Ebene übertragen werden. In Verbindung dazu soll eine Umstrukturierung und Reduzierung der Landkreise erfolgen.

Die zentralen Themen der Leitbildkonferenzen unterschieden sich naturgemäß entsprechend der Ausgangssituationen und Problemlagen der jeweiligen Gebietskörperschaften.

In den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus drehte sich die Diskussion insbesondere um den Verlust der



Auftakt der Veranstaltungsreihe im Stahlpalast in Brandenburg an der Havel

Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg.

Kreisfreiheit. Viele Bürgerinnen und Bürger äußerten die Sorge, dass mit den Einkreisungen eine Schwächung der Städte einhergehen könne. Innenminister Schröter versicherte hingegen, dass der unstrittige Status der Oberzentren nicht mit der Kreisfreiheit zusammenhänge. Das Ziel

der Reform sei vielmehr die Städte nachhaltig zu stabilisieren, sie aus finanziellen Engpässen zu führen und damit wieder Handlungsräume zu gewinnen. Die geplante finanzielle Begleitung sieht unter anderem eine Teilentschuldung im Bereich der Kaschenkredite vor. Dies würde vor allem

die – abgesehen von Potsdam – kritischen Haushaltslagen der kreisfreien Städte entlasten.

Der Fokus der Diskussionen in den Landkreisen lag zumeist auf dem Aspekt der Bürgernähe und der Größe künftiger Landkreise. Die Kreisgröße muss nicht nur zulassen, dass Verwaltungen für Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind, sondern auch ehrenamtliches Engagement ermöglichen. Vor allem in den dünn besiedelten Regionen Brandenburgs besteht die Herausforderung, Verwaltungen einerseits zukunftsfest und effizient aufzustellen und andererseits Lösungen zur Sicherung der Erreichbarkeit und Überschaubarkeit zu finden. Hierzu wurden insbesondere die Grenzen und Möglichkeiten von Service- und Außenstellen, Front- und Backoffice-Lösungen sowie Chancen im Bereich des E-Government besprochen. Im Zusammenhang mit einer Stärkung des Ehrenamtes und dem Ziel der Bürgernähe fand auch

Anzeige

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“**

*Schirmherrin Ute Vogt*

Weitere Informationen im Netz: [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

ein Austausch zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene im Rahmen von freiwilligen Gemeindefusionen statt. Bezüglich des künftigen Kreissitzes sprachen sich die Teilnehmenden vieler Leitbildkonferenzen dafür aus, dass die Entscheidung nicht von Bürgerinnen und Bürgern, sondern vom Landtag getroffen werden sollte.

Neben der Kreisgebietsreform wurde auch die Funktionalreform in allen Konferenzen intensiv diskutiert. Vor allem die geplanten Aufgabenübertragungen in den Bereichen des Landesamtes für Soziales und Versorgung, des schulpädagogischen Dienstes und der Forstverwaltung vom Land auf die Landkreise

wurden von vielen Diskutierenden angesprochen. Einhergehende Herausforderungen wie beispielsweise die Ausgestaltung der Personalübergänge und die Sicherung von Qualität und Expertenwissen wurden ebenso thematisiert. Geäußerte Sorgen bezüglich der Finanzierung der künftig neuen, kreislichen Aufgaben konnten durch den Hinweis auf das verfassungsrechtliche Prinzip der Konnexität, welches die Ausfinanzierung der übertragenden Aufgaben sichert, beruhigt werden.

### Kritik an Finanzierung

Zur Finanzierung der Reform sieht der Leitbildentwurf neben der Teilschuldung im Bereich der Kaschenkredite auch die Deckung von

Transformationskosten und die Zahlung von Standardanpassungszuschüssen durch das Land vor. Die gemeinsame, solidarische Finanzierung der Teilschuldung durch das Land und die kommunale Familie wurde vielerorts aufgrund des kommunalen Anteils kritisiert. An einem umfassenden Finanzierungskonzept arbeitete parallel zu den Konferenzen eine interministerielle Arbeitsgruppe, erläuterte Trochowski.

Auch die Zuverlässigkeit demographischer Prognosen als Begründung des Reformbedarfs wurde in vielen Konferenzen angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingssituation hinterfragt. Prof. Franzke betonte, dass die momentanen Entwicklungen die

Grundtendenzen des demographischen Wandels nicht ändern werden können. Es bestehe daher in jedem Fall Handlungsbedarf.

Das Format der Leitbildkonferenzen und damit die intensive und direkte Einbindung der Bevölkerung fand insgesamt große Anerkennung. Die 18 Leitbildkonferenzen sind hierbei Teil eines umfassenden Dialogprozesses, der voraussichtlich bis zum Sommer 2016 andauern wird. Weitere Veranstaltungen werden Gelegenheiten bieten, über Ergänzungen oder Änderungen für das Leitbild zu diskutieren. Die Ergebnisse des Dialoges werden ausgewertet und bilden die Grundlage für den Beschluss des Landtages im Juli 2016.

## Sozialdemokratie erfolgreich bei kommunalen Wahlen in Brandenburg

Autor Niels Rochlitzer



Andreas Igel ist neugewählter Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde. Foto: SPD Ludwigsfelde

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten – auch im Herbst dieses Jahres. Drei wichtige Wahlerfolge konnte die brandenburgische Sozialdemokratie im September und Oktober verbuchen. Schon im ersten Wahlgang setzte sich am 20. September in Ludwigsfelde Andreas Igel als Bürgermeisterkandidat der SPD mit beeindruckenden 57,6 Prozent der Stimmen gegen drei Gegenbewerber durch. Ludwigsfeldes Rathaus wird seit 1990 sozialdemokratisch

geführt. Andreas Igel, vorher IT-Manager im Daimler-Benz-Werk in Ludwigsfelde und seit 1990 für die SPD kommunalpolitisch aktiv, folgt Frank Gerhard nach, der im Februar mit nur 48 Jahren gestorben war.

Am 12. Oktober überraschten die Wählerinnen und Wähler im Landkreis Dahme-Spreewald wohl nicht nur den sein Amt verteidigenden Landrat Stephan Loge. Bei der Land-



Seit 2007 im Amt und als Landrat wiedergewählt: Stephan Loge

Foto: C.Maaß / SGK Brandenburg

ratswahl gaben bereits im ersten Wahlgang 52,6 Prozent von ihnen ihre Stimme dem Kandidaten der SPD. Stephan Loge, seit 2008 Landrat, ist damit einer von nur vier direkt gewählten Landräten im Land Brandenburg, die das erforderliche Quorum bei der Direktwahl erreichten. In die Freude über das überwältigende und deutliche Wählervotum mischte sich jedoch auch Besorgnis über das gute Abschneiden des AFD-Kandidaten, der mit 22,9 Prozent das zweithöchste Stimmergebnis noch vor dem CDU-Kandidaten und Beigeordneten Carsten Saß (17,9 Prozent) erzielte.

Grund zur Freude hatten am 20. Oktober auch Heiko Müller und die SPD Falkensee. Heiko Müller ist seit 2007 Bürgermeister von Falkensee, einer der am stärksten wachsenden Städte Brandenburgs und an Platz sechs der bevölkerungsreichsten Städte des Landes. Bereits im ersten Wahlgang am 6. Oktober lag Heiko Müller vor seinen Gegenkandidaten, unter ihnen zwei denkbar prominente Namen, die beiden Landtagsabgeordneten Barbara Richstein (CDU) und Ursula Nonnenmacher (Grüne).



Herausforderin Barbara Richstein (CDU) gratuliert dem wiedergewählten Bürgermeister Heiko Müller. Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

In der Stichwahl schließlich setzte sich der Sozialdemokrat Müller mit 51,3 Prozent gegen die Herausforderin aus der CDU, Barbara Richstein, durch.

Die SGK Brandenburg gratuliert Andreas Igel zur Wahl sowie Stephan Loge und Heiko Müller zur Wiederwahl und wünscht ihnen im Amt (weiterhin) eine glückliche Hand, viel Erfolg und Erfüllung.